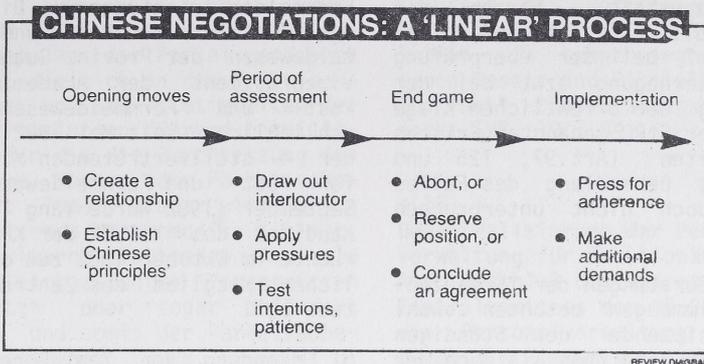


kurzer Zeit - ein Abkommen zu schließen. Manchmal werden in dieser Phase "Prinzipien", die vorher wochenlang erstritten worden waren, innerhalb weniger Stunden über Bord gestoßen, falls chinesische Verhandlungspartner sich dadurch einen schnellen und effektiven Abschluß in ihrem Sinne erhoffen dürfen.

Auch in der Durchführungsphase kommt es immer wieder zu Gegenvorstellungen und Nachverhandlungen. Die Einzelheiten sind im nachfolgenden Schema wiedergegeben.

Schema:



Die wichtigste Schlußfolgerung, die sich aus diesen Erkenntnissen ziehen lassen, lautet: Du mußt von Anfang an wissen, was du willst. Zunehmende Kompromißbereitschaft und ständige Positionsverschiebungen zeigen dem chinesischen Unterhändler, daß der Verhandlungspartner noch zu keinem endgültigen Schluß gekommen ist. (FEER, 21.6.1984, S.44 f.) -we-

INNENPOLITIK

*
*
* * * * *

*(11)
6.Sitzung des Ständigen Ausschusses des VI.NVK: 3 neue Minister und Ergänzungen zur Strafprozeßordnung

Der Ständige Ausschuß des VI.Nationalen Volkskongresses trat vom 4. bis 7.Juli 1984 in Beijing zu seiner 6.Sitzung zusammen. Die wichtigsten Beschlüsse waren die Ernennung von drei neuen Ministern und die Verabschiedung von Ergänzungen zur Strafprozeßordnung in der Frage der Fristen der Behandlung von Straftaten. Im einzelnen faßte das ständige Parlamentsorgan der Volksrepublik China folgende Beschlüsse:

1. Die "Ergänzenden Bestimmungen über die Fristen der Behandlung von Straftaten" sehen in Sonderfällen eine Verlängerung der Fristen für die Untersuchungshaft und für die Behandlung von öffentlichen Klagen, Berufungen und Protesten von maximal 2 Monaten bzw. 1 Monat vor. Was auf den ersten Blick als eine Verschärfung des geltenden Rechts anmutet, stellt sich jedoch bei näherem Hinsehen als eine Verbesserung der Position der Beschuldigten dar. Formal bis Ende 1983 - de facto aber wahrscheinlich bis dato - waren Sonderregelungen in Kraft, die es unter bestimmten Voraussetzungen erlaubten, die StPO-Fristen zeitlich unbegrenzt zu überschreiten (siehe C.a., Feb.1980, Ü 13; C.a., Sep.1981, S.602). Mit der Verabschiedung der "Ergänzenden Bestimmungen", die am Tag ihrer Verkündung am 7.Juli 1984 in Kraft traten, wird der Verlängerung der StPO-Fristen nicht nur eine zeitliche Obergrenze gesetzt - auch ihr Anwendungsbereich wurde weiter eingegrenzt. Die wichtigsten der "Ergänzenden Bestimmungen" können in 4 Punkten zusammengefaßt werden:

schuldigten im Zuge der Ermittlungen verhängten Untersuchungshaft kann mit Zustimmung oder auf Beschluß der Staatsanwaltschaften auf Provinzebene um maximal 2 Monate verlängert werden, wenn

- Fälle von schwerer Bandenkriminalität,
- schwere und komplizierte Straftaten von flüchtigen Kriminellen oder
- schwere und komplizierte Straftaten, die in abgelegenen und verkehrsmäßig extrem ungünstigen Gebieten begangen wurden,

nicht innerhalb der in der Strafprozeßordnung festgesetzten Fristen (von 2 bzw. 3 Monaten; siehe StPO, Art.92, Abs.1, in: C.a., Sep.1979, S.998) behandelt werden können. In diesen Fällen können die Fristen für die Behandlung von Klagen bzw. Berufungen in der 1. und 2.Instanz (1 bzw. 1 1/2 Monate; siehe StPO, Art.125 und 142, in: op. cit., S.1005 und S.1007) mit Zustimmung oder auf Beschluß der Höheren Volksgerichtshöfe auf Provinzebene um maximal 1 Monat verlängert werden.

- Stellt sich im Verlauf der Ermittlungen heraus, daß der Beschuldigte noch weitere, schwerwiegende Straftaten begangen hat, können mit Genehmigung oder auf Beschluß der Staatsanwaltschaft weitere Ermittlungen aufgenommen und die Frist für die Untersuchungshaft neu berechnet (d.h. entsprechend verlängert) werden.

- Beschuldigte, die im Rahmen ihres Verfahrens in Haft sind und deren Verfahren nicht innerhalb der in der Strafprozeßordnung festgelegten Fristen abgeschlossen werden können, können gegen Kautionsleistung oder gegen Beaufsichtigung am Wohnsitz (jianshi juzhu) auf freien Fuß gesetzt werden, insofern dies keine Gefahr für die Gesellschaft darstellt. Die Dauer der Freilassung gegen Kautionsleistung oder Beaufsichtigung am Wohnsitz wird zwar nicht auf die in der StPO genannten Verfahrensfristen angerechnet, darf jedoch auch nicht zur Unterbrechung des Verfahrens führen.

- Die Dauer der gegen einen Be-

*(9)
Ankündigung bevorstehender politischer Ereignisse durch Xinhua

Am 29.Juni begann Xinhua mit dem Abdruck eines neuen Features, der von jetzt an jeden Freitag wiederholt werden soll, nämlich des Terminplans für "wichtige politische Ereignisse" (XNA, 30.6.84). Für die Woche vom 1.-8.Juli wurde u.a. angekündigt: 1.Juli: Neuer westdeutscher Präsident von Weizäcker leistet den Amtseid, 2.Juli: Der britische Außenminister Howe beginnt eine 2-Tagesvisite in die Sowjetunion, 2.-6.Juli: Der griechische Premierminister besucht die CSSR und die DDR, 4.-8.Juli: Der westdeutsche Kanzler Helmut Kohl besucht Argentinien, 7.-8.Juli: Der amerikanische Außensekretär George Shultz besucht Hong Kong usw. -we-

*(10)
Wieder Salutschüsse

Seit Anfang März 1984 hat die chinesische Regierung die Praxis des Salutschießens wieder aufgenommen. Beim Besuch eines Staatsoberhauptes werden 21 Schuß, beim Besuch eines Regierungschefs 19 Schuß abgegeben. Diese Praxis hatte bereits zwischen 1961 und 1966 bestanden (XNA, 16.4.1984). we-

- Ist der Beschuldigte nicht in Untersuchungshaft, können die Staatsanwaltschaft und der Volksgerichtshof bei der Überprüfung der Klageerhebung bzw. bei der Behandlung der öffentlichen Klage die in der StPO genannten Fristen überschreiten (Art. 97, 125 und 142). Die Behandlung des Falles darf jedoch nicht unterbrochen werden.

Bei den Beratungen der "Ergänzenden Bestimmungen" betonten sowohl der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses Peng Zhen als auch der Generalsekretär des Ständigen Ausschusses Wang Hanbin die Allgemeingültigkeit der in der StPO festgelegten Fristen für Strafverfahren. Nur in sehr wenigen Sonderfällen dürfe von der Möglichkeit der Fristüberschreitung Gebrauch gemacht werden. Allgemein sei im Interesse der Bürger und zum Schutz ihrer persönlichen Rechte die Behandlung von Strafverfahren zu beschleunigen. Es müsse mehr und sorgfältig ermittelt werden, bevor man Verhaftungen vornehme, ermahnte Wang Hanbin die Sicherheitsbehörden, die offenbar zu viele unberechtigte Verhaftungen vornehmen. Beide Politiker forderten eine weitere Verbesserung der juristischen Arbeit, vor allem mehr Leistung und mehr Rechtsbewußtsein auf Seiten der Polizei und der Justiz.

2. Ernennung von Rui Xingwen (58) zum Minister für Land- und Städtebau und für Umweltschutz. Rui löst ZK-Mitglied Li Xsming (58) ab, der im Juni 1984 an die Stelle von Duan Junyi (71) als 1. Parteisekretär von Beijing trat. Rui war von Juni 1980 bis Januar 1984 stellvertretender Minister für Raumfahrtindustrie. Anfang Februar 1984 wurde er zu einem der stellvertretenden Direktoren der Zentralen Planungskommission ernannt. Rui Xingwen ist weder ZK-Mitglied noch ZK-Kandidat.

3. Ernennung von Qian Yongchang (51) zum Minister für Verkehrswesen. Der frühere Kapitän und Manager der Nationalen Hochseeschiffahrtsgesellschaft löst den 64jährigen Li Qing ab. Qian Yongchang war seit Mai 1982 einer der 5 stellvertretenden Verkehrsminister und wurde im September 1982 zum ersten Mal als ordentliches Mitglied in das Zentralkomitee der KP Chinas gewählt.

4. Ernennung von Yang Taifang (57) zum Minister für Post- und Fernmeldewesen. Yang tritt an die Stelle des 74jährigen Wen Minsheng, der wahrscheinlich pensioniert wurde. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger kann Yang auf langjährige Erfahrungen im Post-

und Telegrafienwesen zurückblicken: Er war Leiter eines Betriebs für Fernmeldeeinrichtungen, Direktor des Instituts für Post- und Fernmeldewesen der Provinz Guangdong, Vizepräsident der Akademie für Post- und Fernmeldewesen und schließlich - seit Mai 1982 - einer der 4 stellvertretenden Minister für Post- und Fernmeldewesen. Im September 1982 wurde Yang Taifang Kandidat des XII.ZK der KPCh und rückte im Oktober 1983 zum ordentlichen Mitglied des Zentralkomitees auf.

5. Ernennung von Yan Dongsheng, Zhou Guangzhao und Sun Honglie zu stellvertretenden Präsidenten der Chinesischen Akademie der Wissenschaften.

Yan Dongsheng ist Chemiker und Vizepräsident der Shanghaier Universität für Wissenschaft und Technik. Der 66jährige Yan gehört seit September 1982 dem Zentralkomitee der KP Chinas als ordentliches Mitglied an. Er ist bereits seit Mai 1981 Vizepräsident der Chinesischen Akademie der Wissenschaften, so daß seine jetzige "Ernennung" eigentlich nur eine Bestätigung seiner bisherigen Position ist. Zhou Guangzhao ist Physiker und Direktor des Instituts für theoretische Physik der Akademie der Wissenschaften. Er gehört dem XII.Zentralkomitee der KPCh als Kandidat an. Der 52jährige Sun Honglie ist Bodenkundler und Geograph und gehört nicht dem ZK der KPCh an.

6. Ernennung von Li Xiangwu zum Leiter der Staatsanwaltschaft der Provinz Jilin.

Der Ständige Ausschub des VI.NVK beschäftigte auf seiner 6.Sitzung außerdem mit

- einem Bericht von Staatsratskommissar Zhang Jingfu über die Europa-Reise von Ministerpräsident Zhao Ziyang (30.5. - 16.6.1984),
 - einem abgeänderten Entwurf des 1979 probeweise eingeführten Forstgesetzes und
 - dem Entwurf eines Arzneimittelgesetzes.
- Die beiden Gesetzentwürfe wurden zur weiteren Überarbeitung an die Gesetzeskommission des Nationalen Volkskongresses überwiesen. (RMRB, 5.-8.7.84) -sch-

<(12)

Fortsetzung der Anti-"Links"-Kritik

Die Kritik an "linkem" Gedankengut und seinen Verfechtern wurde in den Massenmedien auf der zentralen Ebene und in den Provinzen im Juli 1984 unvermindert fortgesetzt. Im Leitartikel des ZK-Organs "Volkszeitung" zum 63.Gründungstag der

Kommunistischen Partei Chinas wurden die weitere Beseitigung des Einflusses der "linken" Ideologie und die vollständige Negierung der Kulturrevolution als "sehr wichtige" Bestandteile der Ausrichtung der Partei bezeichnet. Wer heute noch an der "linken" Ideologie festhalte und betone, wie korrekt er während der Kulturrevolution gehandelt habe, und wer behaupte, daß er damals die richtige Fraktion unterstützt habe oder daß die ihn damals unterstützende Fraktion korrekt gehandelt habe, der sei ideologisch unverbesserlich und könne auch nicht positiv zur politischen Ausrichtung der Partei beitragen. Der gegenwärtige Kurs der Partei sei, so der Leitartikel weiter, vor allem das Ergebnis des Kampfes gegen die "linke" Ideologie und der totalen Negierung der Kulturrevolution. Er sei jedoch auch in der Auseinandersetzung mit falschen rechten Tendenzen entstanden. Deshalb müsse gleichzeitig mit der Beseitigung "linker" ideologischer Einflüsse ein entschlossener Kampf gegen Rechtstendenzen geführt werden. (RMRB, 1.7.84) -sch-

* (13)

Kritik an zentralen Slogans von Mao Zedong und Lin Biao

Sowohl in der "Volkszeitung" als auch im ZK-Theorieorgan "Rote Fahne" wurde in 2 Beiträgen der von Lin Biao 1964 aufgestellte Slogan "Die Politik in den Vordergrund stellen" (tuzhu zhengzhi) als einer der Eckpfeiler der "linken" Ideologie der Kulturrevolution scharf kritisiert. Diese Parole habe fälschlicherweise den Klassenkampf und die permanente Revolution in den Vordergrund (auch der sozialistischen Periode) gestellt und die politische Arbeit verabsolutiert. Wie die Kulturrevolution so müsse auch dieser "linke" Slogan vollständig negiert werden (HQ, 16.7.84, S.23 ff.; RMRB, 23.7.84).

Auch die von Mao Zedong 1959 herausgegebene Parole "Die Politik übernimmt das Kommando" (zhengzhi guashuai) geriet unter das Feuer der Kritik: Dieser Slogan könne die Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft und zwischen politischer Arbeit und der Arbeit auf anderen Gebieten nicht zutreffend definieren. Er verabsolutiere vielmehr die Politik und sei deshalb weder richtig noch wissenschaftlich. "Die Politik übernimmt das Kommando" sei in der Kulturrevolution zu einem Synonym für politische Bewegungen und Klassenkämpfe im großen Stil geworden und habe deshalb in der Vergangenheit keine positive Rolle gespielt. Wenn man diese Parole nicht mehr verwende, dann sei dies von Nutzen

für die vollständige Negierung des Lin-Biao-Slogans "Die Politik in den Vordergrund stellen" und für die Beseitigung "linker" Residuen.

Diese gleichzeitige Kritik an ideologischen Leitsätzen von Mao Zedong und Lin Biao birgt den Hinweis auf die politisch-ideologischen Gemeinsamkeiten der beiden Politiker - ein Eindruck, dem bisher offiziell immer strikt entgegengetreten wurde. Nach parteioffizieller Lesart begangen Lin Biao und die "Viererbande" die "konterrevolutionären Verbrechen", während Mao nur politische "Fehler" machte. -sch-

* (14)

Bisher rund 3.000 radikale Maoisten aus der Partei ausgeschlossen

Einem Bericht der französischen Zeitung "Le Monde" vom 18. Juli 1984 zufolge hat ZK-Generalsekretär Hu Yaobang gegenüber dem früheren japanischen Außenminister Miyazama Anfang Juli erklärt, daß im Rahmen der Ausrichtung der Partei bisher 3.000 Personen aus der Kommunistischen Partei Chinas ausgeschlossen worden seien. Nimmt man die in den chinesischen Massenmedien erschienenen Berichte über konkrete Fälle von Parteiausschlüssen als repräsentativ an, dann dürfte es sich bei den 3.000 Ausgestoßenen fast ausschließlich um radikale Maoisten handeln, die während der Kulturrevolution politische Karriere machten. Vielen von ihnen werden auch strafrechtliche Vergehen wie Schlägerei, Folterung und Totschlag angelastet.

In dem Artikel des Beijinger Korrespondenten von "Le Monde", Patrice de Beer, heißt es weiter, Hu Yaobang habe eine Gesamtzahl von 40.000 Personen genannt, die in den 3 Jahren der sogenannten "Ausrichtung der Partei" aus der KPCh ausgeschlossen werden sollten. Diese Zahl widerspricht allerdings den Angaben von Hu Yaobang am 24. Januar 1984 vor französischen Journalisten, als Hu die Gesamtzahl der "Degenerierten und Gesetzesbrecher" unter den Parteimitgliedern mit 1%, d.h. 400.000 angegeben hatte. Hu hatte damals "unerbittliche" Maßnahmen und Parteiausschluß für die "unverbesserlichen" unter den Parteimitgliedern gefordert (XNA, 25.7.84).

Einer besonders sorgfältigen politischen Überprüfung sollen offenbar jene Parteimitglieder unterzogen werden, die in der Kulturrevolution in die Partei aufgenommen wurden. Rund 40% der ca. 40 Mio. KPCh-Mitglieder wurden in den Jahren von 1966 bis 1976 in die Partei aufgenommen, und sie gelten als jene, die am stärksten von der

"linken" Ideologie Maos beeinflusst sind (Nanfeng Ribao, 10.5.84, nach: SWB, 17.5.84; RMRB, 17.4.84). Es sollen jedoch nur die Personen aus der Partei gesäubert werden, die sich an den Fraktionskämpfen und Gewalttätigkeiten der Kulturrevolution führend beteiligten oder die die Durchsetzung des heutigen Kurses der Partei sabotieren. Immer wieder wird in den chinesischen Massenmedien beklagt, daß kulturrevolutionäre Radikale von gleichgesinnten Vorgesetzten geschützt oder sogar befördert werden und somit der Parteisäuberung entgehen (RMRB, 8.6.84 u. 10.7.84). In diesem Zusammenhang wird auch der "Fraktionalismus" häufig kritisiert (vgl. C.a., April 1984, Ü 12; C.a., Juni 1984, Ü 6).

Gegenwärtig scheinen sich die Parteiausschlüsse auf die Kreise und die darunter liegenden Ebenen zu konzentrieren. 28 von 37 zwischen Mai und Juli hier registrierten Parteiausschlüssen trafen Funktionäre von der Kreisebene an abwärts. Einer von ihnen ist Meng Jiyan, bis zu seiner Verhaftung im März 1984 stellvertretender Abteilungsleiter des Büros für öffentliche Sicherheit des Kreises Tieli in der Provinz Heilongjiang. Im wird vorgeworfen, während der Kulturrevolution 162 Funktionäre und Arbeiter einer Staatsfarm brutal verfolgt zu haben: 7 Personen sollen dabei getötet, 12 in den Tod getrieben und 30 verletzt und zum Teil auf Dauer körperbehindert worden sein. Meng war damals Leiter der Sicherheitskräfte dieser Staatsfarm. Meng konnte erst kürzlich verhaftet werden, weil er von seinen Kollegen im Büro für öffentliche Sicherheit sowie von lokalen Staatsanwälten und Richtern gedeckt wurde. (Radio Heilongjiang, 17.7.84, nach: SWB, 20.7.84)

Auf Provinz- und Bezirksebene werden die Säuberungen - allerdings in geringerer Zahl - fortgesetzt. Im Autonomen Gebiet Innere Mongolei wurden 4 Anhänger der radikalen Maoisten zu Haftstrafen zwischen 10 und 15 Jahren verurteilt, darunter 2 frühere Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Revolutionskomitees des Autonomen Gebiets Innere Mongolei und 2 frühere stellvertretende Vorsitzende von Revolutionskomitees auf Bezirksebene (Radio Innere Mongolei, 17.7.84, nach: SWB, 21.7.84). In Guizhou wurde das frühere Mitglied des Revolutionskomitees dieser Provinz, Jiang Dejiu wegen Beteiligung an kulturrevolutionären Auseinandersetzungen aus der Partei ausgeschlossen (Radio Guizhou, 5.6.84, nach: SWB, 8.6.84). Im Autonomen Gebiet Guangxi wurde der NVK-Abgeordnete Jia Fengying

das Mandat entzogen, weil sie - so der Beschluß des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses von Guangxi - "während der Kulturrevolution in schwerwiegendem Maße gegen Gesetz und Disziplin verstoßen hat" (Radio Guangxi, 4.7.84, nach: SWB, 10.7.84). -sch-

* (15)

Dezentralisierung der Personalverwaltung für Funktionäre

Auf Beschluß des Sekretariats des Zentralkomitees der KP Chinas soll die Personalverwaltung für Kader durch die Kommunistische Partei ab dem 1. August 1984 dezentralisiert werden. Die Parteizentrale soll in Zukunft nur die Führungskader der ersten nachgeordneten Ebene unmittelbar kontrollieren. Diese Ebene umfaßt alle Funktionäre vom stellvertretenden Minister und vom stellvertretenden Provinzgouverneur an aufwärts sowie die Leiter einer Reihe von Großunternehmen, Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Bisher hatte die Parteizentrale bzw. die ZK-Organisationsabteilung die Personalverwaltung der Führungskader von 2 nachfolgenden Ebenen in der Hand, d.h. auch die Ebene der Amts- und Hauptabteilungsleiter (sijuzhang). Die Kader dieser Ebene werden in Zukunft von den Parteikomitees (bzw. ihren Organisationsabteilungen) der zuständigen Ministerien bzw. Provinzregierungsorgane ernannt und abgerufen werden. Dadurch soll die Zahl der von der Parteizentrale direkt kontrollierten Funktionäre auf ein knappes Drittel der bisherigen Ziffer zusammenschrumpfen. (RMRB, 20. u. 29.7.84)

Durch den Beschluß der Parteizentrale, künftig nur noch die Kader der ihr unmittelbar nachfolgenden Ebene direkt zu kontrollieren, verschiebt sich die gesamte Kaderverwaltung durch die Partei um jeweils eine Ebene nach unten. Die Parteiführung erhofft sich hiervon eine effizientere Personalverwaltung, die besser auf die Erfordernisse vor Ort ausgerichtet ist als bisher. In dieser Entscheidung kommt jedoch auch der Konsolidierungsgrad der Machtposition der Kräfte um Deng Xiaoping zum Ausdruck: Wer derart wichtige Befugnisse wie die Entscheidung über personelle Angelegenheiten zu einem nicht unerheblichen Teil auf die nachgeordneten Ebenen verlagert, muß sich seiner Macht schon sehr sicher sein. -sch-

* (16)

Band II der "Ausgewählten Werke von Chen Yun" veröffentlicht

Der zweite Band der dreibändigen "Ausgewählten Werke von Chen Yun" wurde am 15. Juli 1984 veröffent-

licht. Er enthält 52 Aufsätze und Reden aus der Zeit zwischen August 1949 und Juli 1956. 36 Dokumente sind Erstveröffentlichungen. Die Sammlung ist fast ausschließlich wirtschafts- und finanzpolitischen Themen gewidmet und behandelt die Wiederaufbauperiode der Wirtschaft (1949-1952) und den größten Teil der Periode des 1. Fünfjahrplans (1953-1957). In den veröffentlichten Werken aus dieser Zeit beschäftigt sich Chen Yun vor allem mit der Vereinheitlichung der Finanz- und Wirtschaftspolitik, mit der Stabilisierung der Preise, mit dem Wiederaufbau der brachliegenden Wirtschaft, mit der Verwirklichung des staatlichen Monopols über Getreide und andere landwirtschaftliche Produkte, mit dem Aufbau der Planwirtschaft und mit der Verstaatlichung von Industrie und Handel.

Die Periode des 1. Fünfjahrplans wird von vielen älteren Kadern als eine Zeit der "goldenen Jahre" angesehen, in denen die Partei und ihre Politik noch in Ordnung waren. Diese Funktionäre glauben, mit den bewährten Methoden der 50er Jahre die heutigen Probleme lösen zu können. Als 'Vater' des wirtschaftlichen Wiederaufbaus und der chinesischen dirigistischen Planwirtschaft der 50er Jahre gilt Chen Yun auch als Befürworter des Modells der zentralen Planwirtschaft mit wenig Sympathien für zu stark marktorientierte Wirtschaftsreformen. Wahrscheinlich um dem Eindruck entgegenzutreten, daß die nun veröffentlichten Ansichten Chen Yuns zu wirtschaftspolitischen Fragen von aktueller Bedeutung seien, betonten die Nachrichtenagentur "Neues China" und die "Volkszeitung", daß es sich bei dem Band II der ausgewählten Reden und Schriften Chen Yuns um ein "historisches Werk" handle (RMRB, 15.7.84).

Der erste Band der "Ausgewählten Werke von Chen Yun" war am 15. Februar 1984 veröffentlicht worden. Dieser Band, der fast ausschließlich politische Fragen der chinesischen kommunistischen Bewegung vor 1949 zum Inhalt hat, war damals als "von großer praktischer Bedeutung" für die politische Ausrichtung der KP Chinas bezeichnet worden (RMRB, 15.2.84). -sch-

*(17)

Familienplanung

Auf einer Pressekonferenz, die ein Sprecher der Staatlichen Kommission für Familienplanung zwecks Ankündigung der chinesischen Teilnahme an der Bevölkerungskonferenz der Vereinten Nationen im August in Mexiko gab, wurden folgende Angaben gemacht:

Siebzig Prozent aller Ehepaare im Zeugungsalter praktizierten Geburtenkontrolle. Die Politik "ein Kind pro Familie" werde noch für eine Generation, d.h. für die nächsten zwanzig bis dreißig Jahre, gültig sein. Trotzdem könnten zur Zeit Eheleute, die die einzigen Nachfahren ihrer Eltern sind, ein zweites Kind haben. Tatsächlich hätten nach einer Erhebung des Jahres 1982 nur 21,2 Prozent aller Mütter im gebärfähigen Alter eine Ein-Kind-Familie. Auf dem Lande werde die Politik der Geburtenkontrolle nicht so streng gehandhabt und erst recht nicht bei den nationalen Minderheiten. Wenn Ehepaare auf dem Lande aus bestimmten Gründen ein zweites Kind wollten, dann würde es ihnen nach einer Pause von mehreren Jahren gewährt.

Der Sprecher betonte, daß die Familienplanung freiwillig sei und daß die Betonung auf Verhütungsmaßnahmen liege. Die Regierung stelle Kontrazeptiva und Beratungsdienste kostenlos zur Verfügung. Abtreibungen würden durchgeführt, wenn Verhütungsmaßnahmen keinen Erfolg gehabt hätten, das Recht, eine Abtreibung zu fordern, müsse respektiert werden, doch illegale Abtreibungen, die die Gesundheit der Frau gefährden, seien streng verboten. Keinesfalls werde bei der Familienplanung Zwang ausgeübt, denn keine Politik könne auf Dauer ohne die Unterstützung der Massen durchgesetzt werden.

Der Sprecher gab zu, daß etwa zwanzig Prozent aller Neugeborenen pro Jahr Zweit- oder Drittkinder seien, was er auf den immer noch vorhandenen Einfluß alter Gewohnheiten zurückführte. Diese Tatsache ließe es sinnvoll erscheinen, wirtschaftliche Sanktionen zu erteilen und diejenigen, die mehr Kinder wollten, einen Teil der der Gesellschaft aufgebürdeten Lasten tragen zu lassen. Das Schwergewicht der Regierung müsse aber darauf liegen, die Menschen zu überzeugen, Geburtenkontrolle zu praktizieren (XNA, 4.7.84).

Die Ausführungen des Sprechers der Staatlichen Kommission für Familienplanung lassen deutlich die Absicht erkennen, die chinesische Familienplanungspolitik in einem günstigen Licht erscheinen zu lassen und sie angesichts zu erwartender Kritik des Auslands auf der UN-Konferenz von dem Odium des Zwangs zu befreien. Die genannten Zahlen sind aufschlußreich, lassen aber keine eindeutigen Rückschlüsse auf die tatsächliche Situation zu.

-st-

KULTUR

*

*

*(18)

Hochschulaufnahmeprüfungen

Vom 7. bis 9. Juli 1984 fanden die diesjährigen Hochschulaufnahmeprüfungen einheitlich für das ganze Land statt. Dazu verlautete von seiten des Erziehungsministeriums:

Im Jahre 1984 haben 1,64 Millionen Kandidaten an den Prüfungen teilgenommen, das sind 30.000 weniger als im vergangenen Jahr. In diesem Jahr stehen gut 40.000 Studienplätze mehr als 1983 zur Verfügung. Damit hat sich die Chance, einen Studienplatz zu erhalten, erhöht. Während im vergangenen Jahr 21,55 Prozent der Bewerber einen Studienplatz erhielten, sind es in diesem Jahr 24,39 Prozent. Der Anteil der männlichen Bewerber beträgt 1,06 Millionen, derjenige der weiblichen gut 580.000, das sind 65 bzw. 35 Prozent. Die Zahl der diesjährigen Mittelschulabsolventen beträgt 880.000, derjenigen, die die Mittelschule schon länger beendet haben, 710.000. Unter den Bewerbern befinden sich 30.000 Arbeiter, Kader und ehemalige Soldaten, 175 in Taiwan registrierte und 2.564 zurückgekehrte Auslandschinesen oder deren Kinder. Für ein geisteswissenschaftliches Studium bewerben sich gut 410.000, für ein naturwissenschaftlich-technisches Studium 1,08 Millionen (GMRB, 10.7.84).

Die Gründe für die vermehrten Chancen, einen Studienplatz zu erhalten, sind vielfältiger Natur. Einmal hat der Staat in diesem Jahr mehr Studienplätze zur Verfügung gestellt als je zuvor seit 1949, nämlich 430.000. Zweitens sind viele Bewerber schon durch Vorprüfungen auf Provinzebene abgewiesen worden. Drittens hat sich die Zahl der Bewerber aufgrund der Reform der Sekundarschulen (d.h. der Umwandlung regulärer Mittelschulen in berufsbildende Schulen, von denen der Übergang zur Hochschule nicht möglich ist) automatisch reduziert. Wenn also heute jeder vierte Teilnehmer an den Hochschuleingangsprüfungen die Zulassung zum Studium erhält, so täuscht dieses günstige Verhältnis, wenn man berücksichtigt, daß wahrscheinlich eine viel höhere Zahl als die zu den Prüfungen zugelassene Zahl von Bewerbern gern studieren würde. -st-

*(19)

Reform des wissenschaftlich-technischen Personalwesens

Der Staatsrat hat kürzlich den Wechsel des Büros für wissen-